Buchbesprechungen und Hinweise zu

„Die Wiedergeburt Europas“

**Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas
und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“**

1. FriedensForum, Nr. 1 – 2/2005.
2. Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 2/2007, März/April 2007, Seite 250.
3. Portal für Politikwissenschaft, pw-portal.de.
4. Die Presse, Wolfgang Böhm im Interview mit Werner Ruf, 9. Juli 2004, Seite 8.
5. Der Standard, Gudrun Harrer, 12. Juli 2004, Seite 5.
6. Neues Deutschland, 17. Juli 2004, Seite 8.
7. KirchenZeitung, Diözese Eisenstadt, 4. Juli 2004, Seite 3.
8. Mitteldeutsche Kirchenzeitung, Weimar/Magdeburg/Leipzig, 1.8.2004, S. 5.
9. Die Furche, 21.10.2004, Seite 25.
10. Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen: Pro Zukunft, Salzburg 2004.

1.

Welche Rolle soll/darf/will/kann Europa in dieser gewandelten Welt spielen, so lautet die zentrale Frage dieser Publikation. Nicht die einer zweiten Supermacht, also kein Pendant zu den kriegsbegeisterten, hochgerüsteten USA, dem Weltpolizisten à la carte – darüber sind sich die zahlreichen namhafte Autoren, darunter Ernst-Otto Czempiel, Ekkehart Krippendorff, Gerald Mader, Ottfried Nassauer, Werner Ruf u.a.m., einig. Jedoch auch darüber, dass sich Europa bzw. die Europäische Union mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik genau in diese Richtung zu entwickeln droht! Die Zeichen stehen auf Sturm – ist das Ende des Traums von einer europäischen Zivilmacht nahe?

Klammheimlich wollen wir immer schlagkräftiger werden; wollen zeigen, dass wir auch mitmischen können im „befrieden“ der friedlosen Welt. Vergessen scheint beispielsweise die Erklärung zum Selbstverständnis der EU anlässlich des Gipfels von Laeken, in der hehre Ziele verewigt wurden wie jenes, dass das geeinte Europa zwar die Rolle einer Weltmacht spielen sollte, jedoch die einer humanitären – ein Kontinent der Vielfalt, Freiheit, Solidarität und gegenseitiger Achtung also. Europa als Macht, die jeder Form von Gewalt, Terror und Fanatismus den Kampf ansagt und, anstatt die Augen vor jeglichem Unrecht auf der Welt zu verschließen, die Verhältnisse für *alle* Länder zum Vorteil verändern möchte; kurzum: eine Macht, die der Globalisierung durch Solidarität und nachhaltige Entwicklung einen ethischen Rahmen geben will.

Heute hingegen tönt der Ruf nach „Coalitions of the Willing“ und „War on Terrorism“ aus den Lautsprechen der alten Welt, die scheinbar willfährig und gehorsam sich den Vorgaben der Militarisierungsmaschinerie aus Übersee anzupassen bereit ist. Darf das die Zukunft des vereinten Europas sein?

Blickt man ausgehend von der kriegerischen Vergangenheit unseres Kontinents nunmehr auf die Gegenwart, da ehemalige Kriegsgegner und verfeindete Staaten näher zusammenrücken als je erträumt, so sollte man meinen, dass sich Europa wie Phönix aus der Asche in neuem Glanz erhebt und mit frischer Energie ans friedvolle Werk schreitet. Doch statt mit gestärktem Selbstbewusstsein europäische Antworten auf globale Herausforderungen zu suchen, begibt sich der Kontinent blindlings in US-amerikanische Geiselhaft und lässt sich beinahe naiv auf militärisches Wettrüsten als Allheilmittel der Weltpolitik ein. Jedoch drohen gerade durch eine derartige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der EU-Verfassung zahlreiche Gefahren, deren Konsequenzen wie ein Damoklesschwert über dem ganzem Globus schweben: Krieg als Mittel der Politik wird weiter enttabuisiert, ja sogar als ggf. unausweichliches Mittel legitimiert. Die EU-Mitgliedsstaaten verpflichten sich zur uferlosen nationalen Aufrüstung, was in absehbarer Zeit weltweit neue Rüstungsdynamiken provozieren wird, nicht zuletzt weil eine gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik die eigenmächtige militärinterventionistische Lösung regionaler und lokaler Krisen bedeuten könnte. All das ist freilich Wasser auf die Mühlen der weltweiten Gewalt!

In der vorliegenden Publikation setzen sich zahlreiche Experten aus der Friedens- und Militärwissenschaft, des Völkerrechts, der Gewerkschafts- und Friedensbewegung kritisch mit der Entwicklung Europas – den Chancen und Risiken – auseinander. Ausgehend von einer vielfältigen und tiefgründigen Analyse des außen- und sicherheitspolitischen Weg Europas, erarbeiten sie Optionen des Kontinents im transatlantischen Verhältnis und zeigen argumentativ und wissenschaftlich fundiert, dass die Medaille immer zwei Seiten hat...

Rezension von Ursula E. Gamauf

Quelle: Friedensforum. Hefte zur Friedensarbeit, hrsg. vom ÖSFK Burg Schlaining, Nr. 1-2/2005, Seite 20.

2.

Der Band 47 der Beiträge zur Friedensforschung enthält lesenswerte Beiträge, von denen hier nur einige behandelt werden können.

Gerald Mader beschreibt einleitend die Entstehung des Institut für Friedensforschung, das durch seine und Herta Firnbergs Initiativen entstand. In den letzten Jahren konnten die Aktivitäten ausgeweitet werden und haben einen betont realpolitischen Bezug.

Der Philosoph Krippendorff versucht einen Europabegriff abseits der gängigen geographischen Ordnung und beschreibt das Ur-Europa der antiken griechischen Mythologie.

Der Politologe Czempiel sieht die EU anders. Die EU ist v.a. ein politisches Konzept, sie ist ein globaler Akteur und natürlicher Gegenspieler zu den USA. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist der umstrittenste Teil der EU und erfordert die Preisgabe nationaler Kompetenzen. Czempiel geht soweit, ernste Konflikte zwischen den USA und einigen europäischen Staaten nicht auszuschließen. Der Riss, der die NATO 1992/93 schwächte, ist nicht beseitigt und könnte sich vertiefen.

Nassauers Beitrag befasst sich mit der neuen Weltordnung. Sie ist eine Lösung für die bestehenden Risiken; ändert sich diese, ändern sich die Ordnungsvorstellungen. Im Moment benötigen die USA für ihre Vorstellungen (siehe die Bush-Doktrin) keine Unterstützung. Interventionen finden (unilateral oder mit einer Coalition of the Willing) statt, um Ordnungsdefizite zu beseitigen, seien es solche humanitärer Art oder aus Gründen des Terrors. Aber die USA besitzen nicht die finanziellen Ressourcen, um ihre Weltordnung allein durchzusetzen. Die ESS ist der erste Versuch einer europäischen Konzeption von globaler Sicherheit, wobei militärische Aspekte (noch) in den Hintergrund gedrängt werden.

Thomas Roithner befasst sich mit der Reform des österreichischen Bundesheeres: Die diese Reform begleitenden politischen Debatten und Aussagen sind für den Gesamtzustand der Sicherheitspolitik typisch. So war für die ÖVP Österreich zunächst neutral (dann plötzlich „blockfrei“, kurze Zeit danach erneut „neutral“), wobei diese Richtungsänderungen von der Bevölkerung kaum wahrgenommen wurden. Die ÖVP war 1997 noch für einen NATO-Beitritt (vor dem Optionenbericht), war jedoch kurze Zeit später wiederum (vermutlich auf Grund der Meinungsumfragen) gegen einen solchen und nun voll auf EU-Kurs und für eine militärische Beistandspflicht in der EU. Die Militarisierung der EU wird von Österreich analog zu den Bestimmungen der EU-Verfassung mit vollzogen, allerdings mit einem stark geschrumpften Bundesheer. Die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin (2001/2002) umfasste eine Unzahl von Aufgaben, die kaum umsetzbar waren. Die Umwandlung des Bundesheeres in eine „Einsatzarmee“ (was war das Bundesheer zuvor?) war nun im Vordergrund, und nach wie vor war ein NATO-Beitritt als Option angemerkt. Die Teilnahme an EU-Battle Groups und Rüstungsmaßnahmen erfordern eine drastische Budgeterhöhung (von 0,8 auf 1,1 % BSP). Die Bundesheer-Reformkommission ging von keiner militärischen Bedrohung aus, womit das Einsatzspektrum sich auf die EU und die Auslandseinsätze mit Berufssoldaten

verlagerte. Bleibt der Terrorismus, der ins Zentrum militärischer Überlegungen rückt, was der politischen Kompetenz wiederspricht. Dass man als zukünftige Einsatzräume den Balken und Afrika sieht, wird von den Reformpapieren nicht begründet.

Rezension: F. Korkisch

Quelle: Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 2/2007, März/April 2007, XLV. Jahrgang, Herausgegeben vom Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, Seite 250.

Bibliographische Angaben:
Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Projektleitung: Thomas Roithner: Die Wiedergeburt Europas. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seien Beziehungen zur „einsamen Supermacht“. 2005 Agenda Verlag Münster, ISBN 3-89688-238-4.

3.

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.) "Die Wiedergeburt Europas". Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur "einsamen Supermacht". Projektleitung und Redaktion: Thomas Roithner, Münster: agenda Verlag 2005 (agenda Frieden 47); 306 S.;
24,80 €; ISBN 3-89688-238-4

Die Autorinnen und Autoren beschäftigen sich mit der außen- und sicherheitspolitischen Entwicklung Europas und dem transatlantischen Verhältnis der Europäischen Union zu den USA. In den Aufsätzen wird eine mögliche gemeinsame Identität Europas betrachtet, das sicherheitspolitische Selbstbewusstsein der EU und dementsprechende Strategien dargestellt sowie ein Blick auf die mögliche Finalität dieses Politikbereichs innerhalb der Union geworfen. Dazu stellen die Autorinnen und Autoren, die aus Friedensforschung, Militärwissenschaft und Völkerrecht, aber auch aus den Bereichen Journalismus, Gewerkschaften und Friedensbewegung stammen, der US-amerikanischen Sicherheitspolitik die „europäischen Antwortversuche” (9) gegenüber: Den Fokus richten sie auf Bedingungen, Widersprüche und Ziele einer sicherheitspolitischen Emanzipation der EU, die Zukunft des Verhältnisses zu den Vereinten Nationen und der NATO, aber auch dem Aspekt zivilgesellschaftlicher und öffentlicher Meinung, die sich beispielsweise in den Protesten gegen den Irak-Krieg 2003 manifestierten. Der Sammelband dokumentiert die Beiträge einer vom Studienzentrum veranstalteten Internationalen Sommerakademie gleichen Titels im Juli 2004.

Quelle: http://pw-portal.de/index.php?option=com_lqm&Itemid=2&query=64&task=showresults&lqm_ui_suchfeld=Die%20Wiedergeburt%20Europas

4.

INTERVIEW

„Verfassung ist ein Verstoß gegen die UN-Charta"

Der Friedensforscher Werner Ruf übt fundamentale Kritik am Sicherheitskonzept der EU-Verfassung.

VON WOLFGANG BÖHM

SCHLAINING. Die Europäische Union habe die Militarisierung als Verfassungsziel festgeschrieben und damit die Ziele der Vereinten Nationen verraten. Der deutsche Politikwissenschaftler und Friedensforscher Werner Ruf übte bei der Internationalen Sommerakademie im Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) auf der Burg Schlaining fundamentale Kritik am neuen Verfassungstext der EU. Im Gespräch mit der „Presse" präzisiert Ruf seine Einwände.

Die Presse: *Sie haben bei Ihrem Vortrag in Schlaining kritisiert, dass Europa nur das Sicherheitskonzept der USA imitiert. Gibt es aber nicht eine Konkurrenzsituation, die für Europa die Notwendigkeit bringt, sich in einer globalisierten Welt auch gegenüber den USA zu behaupten?*

Werner Ruf: Das ist ein Denken in alten Konzeptionen und Paradigmen: Es geht davon aus, dass nur der, der über militärische Macht verfügt, ernst genommen wird und mitspielen kann. Obwohl gar keine Bedrohungen in Sicht sind, die militärische Antworten erfordern, wird der Versuch unternommen, wieder ein großer Akteur in der Weltgeschichte zu werden. Dabei geht es angeblich darum, der USA wieder auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten. Ich denke aber, dass die Probleme der heutigen Welt andere sind als jene, die man mit militärischen Mitteln bewältigen kann.

Sie sehen keine Bedrohungen? Aber was ist dann mit den Terroranschläge in New York und Madrid? Haben nicht die USA und Europa die gleichen Probleme zu bewältigen?

Ruf: Das würde ich nicht so sagen. Das Bild Europas in der Welt ist ein wesentlich kollektiveres als jenes der USA. Die USA wird derzeit als das große Böse wahrgenommen, während die EU als friedlicher Akteur gesehen wird. Ein Akteur, der im Bereich Ökonomie und internationaler Handel eine zentrale Rolle spielt, aber eben nicht militärisch.

Und was den Terror anbelangt: Der Anschlag in Madrid war ja eine Antwort auf die militärische Beteiligung Spaniens im Irak. Der Terrorismus ist eben auch eine Folge der westlichen Politik.

Ist da nicht ein Widerspruch? Wenn eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik verhindert wird, würde das doch nur bedeuten, dass sich wieder eine nationale Sicherheitspolitik – eine französische, eine spanische – durchsetzt.

Werner Ruf ortet in der EU eine Imitation der US-Politik. [Foto: Ruf]

Ruf: Das ist ja aber auch das Problem des Verfassungstextes. Denn es geht darin nicht um eine gemeinsame EU-Politik, sondern um die mögliche Herausbildung einer Koalition der Willigen. Das ist noch immer auf der relativ beliebigen Basis der Nationalstaaten geblieben. Der nationale Einfluss bleibt erhalten.

Es wurde aber auch das Ziel einer gemeinsamen, solidarischen Verteidigung festgeschrieben.

Ruf: Sicherlich wurde das festgeschrieben. Und Europa braucht auch eine gemeinsame Außenpolitik. Aber es muss eine reale Außenpolitik sein. Wenn sich diese Außenpolitik mit Konflikten beschäftigt, dann müssen diese präventiv bearbeitet werden. Die EU hat hier auch die besseren Instrumentarien als die USA zur Hand.

Aber selbst wenn Sie die Prävention als Ziel der Außenpolitik definieren: Ist eine solche Außenpolitik überhaupt ohne militärisches Drohpotenzial möglich?

Ruf: Das ist die gute Frage. Aber im Grunde genommen führt uns diese Debatte von dem weg, was völkerrechtlich festgeschrieben ist: Es gibt ein von allen Mitgliedsstaaten akzeptiertes Gewaltmonopol der Vereinten Nationen. Diesem Prinzip wurde die staatliche Gewalt übertragen. Das sollte auch dazu führen, dass es niemals mehr nationalstaatliche Kriege gibt. Insoweit ist die EU-Sicherheitsstrategie ein Verstoß gegen die UN-Charta. Weil hier wird der Anspruch erhoben: Wir handeln autonom. Das wird Folgen haben. Denn dieses Recht werden dann alle Staaten in Anspruch nehmen. Das macht die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer.

Was sind die Alternativen?

Ruf: Alternativen wären eine Stärkung der UNO. Und die Unterstellung der europäischen Streitkräfte unter ein Kommando der Vereinten Nationen.

5.

„Zwei sicherheitspolitische Hüte"

Ernst-Otto Czempiel zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Gudrun Harrer

Burg Schlaining – „Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur ‚einsamen Supermacht'" lautete der Untertitel zu „Die Wiedergeburt Europas", dem Thema der diesjährigen Internationalen Sommerakademie auf Burg Schlaining im Burgenland.

Die Schlussveranstaltung am Samstag hatte das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) Ernst-Otto Czempiel anvertraut, der über „Sicherheit und Sicherheitspolitik Europas" referierte. Der Befund des Mitbegründers der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK, *siehe Webtipps*) und Autors (unter anderen „Kluge Macht") über die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp) fiel gemischt aus. Die neue europäische Verfassung bewertete Czempiel, was die in ihr niedergelegten Integrationschancen betrifft, kritisch, prognostizierte aber dennoch Fortschritte: „Alles *(in der Verfassung)* klingt besser als es ist, wird aber besser sein, als es gemeint war."

Als die stärksten Integrationswiderstände bezeichnete er erstens das Bedürfnis, die Souveränität, „die heilige Kuh des Nationalstaats", zu wahren, zweitens das Interesse der USA, die Nato als Instrument ihres Führungsanspruchs zu erhalten, und drittens das dazu komplementäre Interesse von Staaten wie Großbritannien oder etwa auch der Niederlande und der von den USA so bezeichneten Staaten des „neuen Europas".

Bis zur Symmetrie

Der Prozess der Emanzipation vis-à-vis den USA werde erst bei Erreichen der Symmetrie aufhören, wobei Behutsamkeit vonnöten sei, um die transatlantischen Beziehungen (nicht ident mit der Nato) zu zerstören, denn „nichts hat in der Geschichte so viele Kriege erzeugt", wie die Versuche eines Staates/einer Staatengruppe, den Machtgewinn anderer zu verhindern.

Ernst-Otto Czempiel: In den transatlantischen Beziehungen ist viel „Behutsamkeit vonnöten". *Foto: Roithner*

Als größte – fälschlicherweise nicht unter Gasp kategorisierte – Leistung der EU auf diesem Gebiet bezeichnete Czempiel die Heranführungsstrategie für die neu beigetretenen Länder, eine „gar nicht zu hoch einzuschätzende Friedensleistung". Auf diese bewährten Sicherheitsstrategien müsse sich die EU besinnen (wie Rüstungskontrolle oder gewaltlose Interventionsstrategien zur Förderung der Demokratisierung).

Am EU-Sicherheitsstrategiepapier („Ein sicheres Europa in einer besseren Welt", Dezember 2003) strich Czempiel heraus, dass es sich nicht nur deutlich von der US-Doktrin, sondern auch vom „Prager Papier" der Nato (November 2002) unterscheide. Das dokumentiere eine gewisse „Schizophrenität" der EU: Mit dem „Hut Europas" auf dem Kopfe formuliere sie brauchbare Ansätze einer Sicherheitspolitik, mit dem der Nato folge sie den militaristischen Präferenzen der Bush-Doktrin. Als die größten derzeitigen Herausforderungen für die Gasp nannte Czempiel das Bemühen um eine „multilaterale Weltführung", die Beseitigung der Weltarmut und die Konfliktlösung im Nahen Osten.

DER STANDARD **Webtipp:** www.aspr.ac.at; www.hsfk.de

Quelle: Der Standard, 12. Juli 2004, Seite 5.

6.

Irak-Krieg auf der Friedensburg

Sommerakademie in Schlaining über »Wiedergeburt Europas«

Von Andreas Herrmann

Die Debatten der Sommerakademie auf der österreichischen Burg Schlaining waren in diesem Jahr dem Thema »Die Wiedergeburt Europas – von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur einsamen Supermacht« gewidmet.

»Wir wollen mit diesem Kongress zu einer friedenspolitischen Entwicklung in Europa beitragen, die schon jetzt dem politischen Willen der Mehrheit der europäischen Bevölkerung, wenn auch nicht der politischen Eliten entspricht«, erklärte eingangs Dr. Gerald Mader, Präsident des gastgebenden Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK).

Die europäischen Eliten«, so Dr. Mader weiter, »streben mehr nach Militärmacht, die Bevölkerung mehr in Richtung Friedensmacht. Diese Kluft gilt es zu überwinden. Die EU soll aber keine Gegenmacht zur USA aufbauen, sondern einen weltpolitischen Einfluss durch ihre Rolle als Friedensmacht anstreben«. Mit Blick auf den Irak-Krieg erklärte Dr. Bader vor den rund 250 Wissenschaftlern, friedensengagierten Bürgern, Theologen, Militärs und Studenten, die in diesem Jahr auf die Friedensburg gekommen waren: »Der politische und rechtliche Skandal der Bush-Regierung besteht darin, dass der Krieg in Missachtung des Völkerrechts wieder zum normalen Mittel der Konfliktaustragung gemacht wird.«

Die USA versuchten mit ihrem Eroberungskrieg in Irak Einfluss auf die Preise und die Lieferpolitik der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) zu nehmen, analysierte Oberstleutnant Jürgen Rose aus München in seinem Vortrag über das »Völkerrechtsverbrechen des Irak-Krieges«. Gleichzeitig sei das Wiederaufbauprogramm der USA für Irak ein Betrug. Bevor USA-Zivilverwalter Bremer das Land verlassen habe, seien von den 20 Milliarden US-Dollar auf gesperrten Irak-Konten 18 Milliarden für hoch bezahlte Aufträge an USA- Firmen gegangen.

In Sachen EU-Verfassung wurden indes nicht nur die militärischen Klauseln diskutiert. Zum Thema Gottesbezug in der neuen EU-Verfassung sagte Dolores M. Bauer vom Österreichischen Rundfunk, es sei gut, »dass Gott in der Verfassung nicht erwähnt wird, denn so kann sein Name auch nicht missbräuchlich verwendet werden«. Zugleich kritisierte sie, dass »offene Brutalisierung in Europa zwar historisch gesehen abgenommen habe, aber neue Techniken zur Verschaffung von politischen Vorteilen bis hin zu vorsätzlichem Betrug und offener Lügen Konjunktur haben«.

Einst Ritterburg

Das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) mit Sitz auf Burg Schlaining im südlichen Burgenland genießt nicht nur in Österreich einen hervorragenden Ruf. Die heutige »Friedensburg« wurde unter dem Söldnerführer Andreas Baumkircher Mitte des 16. Jahrhunderts erbaut. Seit 1980 ist das Burgenland Eigentümer. Unter Leitung von Dr. Gerald Mader werden dort verschiedene Forschungsprojekte zu den Ursachen von Gewalt und Kriegen betrieben. Spezielle Ausbildungsprogramme bereiten ihre Teilnehmer auf internationale Einsätze im Rahmen der OSZE, der EU oder der Vereinten Nationen vor. Ein einzigartiges Europäisches Museum für Frieden zeigt die Geschichte von Krieg und Gewalt, beleuchtet aber vor allem deren Ursachen und die Möglichkeiten der Streitschlichtung. Die ehemalige Synagoge der Stadt Schlaining beherbergt eine Bibliothek der Friedenswissenschaft.

Burg Schlaining ist kein Institut zur Ausbildung von »Friedenseliten«. Seit 20 Jahren findet dort auch die internationale Sommerakademie statt, die offen für jedermann ist.

Österreichs neuer Bundespräsident Dr. Heinz Fischer ist Kuratoriumsvorsitzender des ÖSFK, dem die UNESCO 1995 einen Preis für Friedenserziehung verlieh.

Quelle: Neues Deutschland, 17. Juli 2004, Seite 8.

7.

Zu diesem Thema lädt das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) **vom 4. bis 10. Juli** zur 21. Internationalen **Schlaininger Sommerakademie** auf die Burg Schlaining.

„Die Wiedergeburt Europas"

Der völkerrechtswidrige Krieg der USA und ihrer „Allianz der Willigen" gegen den Irak hat die Debatte über die Identität Europas neu belebt. Die Einteilung von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in ein „altes" und ein „neues" Europa hat dazu ihr Übriges beigetragen.

Die von Jürgen Habermas und Jacques Derrida unter dem Titel „Die Wiedergeburt Europas" angestoßene Diskussion über die Finalität Europas begleitet die Öffentlichkeit durch den Irak-Krieg und über den Prozess zur Verabschiedung einer EU-Verfassung hinaus. Die Bedingungen, Ziele und Widersprüche einer „Emanzipation" Europas von den USA stehen im Zentrum der politischen Auseinandersetzung: Soll sich die EU militärisch auf Augenhöhe zur „einsamen Supermacht" USA hochrüsten oder können jene Kräfte mehr Gestaltungsmöglichkeiten erlangen, die der gegenwärtigen Militarisierung der internationalen Beziehungen das Konzept einer „Zivilmacht" entgegensetzen wollen?

Der Verfassungsentwurf der nunmehr auf 25 Staaten erweiterten EU sieht eine Verpflichtung zur Aufrüstung vor und festigt den globalen militärischen Interventionismus. Welche Rolle spielen die neuen EU-Mitglieder im Ringen um ein deutsch-französisches Kerneuropa? Kommt die EU einem gesamteuropäischen kooperativen Sicherheitskonzept näher oder formiert der transatlantische Streit die Bedingungen für eine weitere globale Hegemonialmacht?

Es stellt sich hier nicht nur die Frage der Sicherheit für Europa, sondern auch der Sicherheit vor Europa. Die USA als Supermacht sind auch deshalb zunehmend „einsam" geworden, weil ihr Konzept des Unilateralismus bzw. der militärischen Ad-hoc-Allianzen dem Gewaltverbot der Vereinten Nationen entgegensteht.

Ist die UNO angesichts des von den USA erklärten „permanenten Krieges" gegen den Terror ihren Herausforderungen gewachsen? Welche Möglichkeiten zur Stärkung der Weltorganisation haben die Nationalstaaten, die Regionalorganisationen und die Zivilgesellschaft? Ist durch diese Entwicklung der Militärpakt NATO nicht schon längst zum Papiertiger geworden?

Die „zweite Weltmacht Öffentlichkeit" (New York Times) hat nach den weltweiten Protesten gegen den Irak-Krieg im Prozess der Sozialforen die Debatte um einen alternativen EU-Verfassungsentwurf abseits neoliberaler und neo-imperialer Strukturen begonnen. Dieser in der Geschichte beispielslose Prozess einer veränderten Bedeutung politischen Engagements stellt uns alle vor neue Aufgaben. Thomas Roithner

Kontakt

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK), Wiedner Gürtel 10, 1040 Wien, Tel. 01/7969959, Fax: 01/7965711, e-Mail: aspr.vie@aspr.ac.at.

Quelle: KirchenZeitung, Diözese Eisenstadt, 4. Juli 2004, Seite 3.

8.

Dabei gewesen

Friedensarbeit

Sommerakademie auf Burg Schlaining

Die Rundfunkjournalistin Dolores M. Bauer aus Wien fand auf der diesjährigen Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) auf Burg Schlaining im Burgenland im Juli harte Worte für die neue EU-Verfassung und die europäischen Eliten überhaupt. Es sei gut, dass dem Gesetzeswerk der Bezug auf Gott erspart geblieben sei. So könne man seinen Namen nicht missbräuchlich verwenden. Auch die Inhalte der Bergpredigt wären innerhalb der Politik des heutigen Europa verkommen. Zwar habe die Brutalisierung der Gesellschaft historisch gesehen abgenommen, aber neue »Kulturtechniken« wie Lügen, Betrügen und ungerechtfertigte Vorteilnahme hätten dafür umso mehr Konjunktur. Aus solchen Verhaltensweisen resultiere weltweit eine neue Art von Reichtum für Wenige auf Kosten der Armen, was in neue Formen von Sicherheitsbedürfnissen münde und damit globale Rüstung nötig mache.

Auf der Sommerakademie hatten eine Woche lang rund 250 Wissenschaftler, Vertreter der österreichischen, aber auch der deutschen Friedensbewegung sowie zahlreiche Studenten diskutiert. Unter dem Arbeitstitel »Die Wiedergeburt Europas – von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur einsamen Supermacht« gab es Foren zu Themen wie EU-Verfassung und aktive Friedenspolitik, Engagement und Strukturen gegen die militärische Globalisierung oder zur Zukunft des Multilateralismus in Zeiten permanenter Kriege in der Welt.

Die Sommerakademie des ÖSFK gilt als das wichtigste Treffen innerhalb der österreichischen Friedensbewegung. Schlaininger Seminare zur Konfliktbearbeitung beschäftigen sich mit friedenskonsolidierenden Bemühungen in den Krisengebieten der Erde. Besonderes Augenmerk liegt dabei gegenwärtig auf Afrika sowie dem Südkaukasus und Zentralasien.

Andreas Herrmann

www.aspr.ac.at

Quelle: Mitteldeutsche Kirchenzeitung, Weimar/Magdeburg/Leipzig, Im Blickpunkt, 1.8.2004, S. 5.

9.

Militarisierte Union?

Friedensforscher werfen der EU vor, sie mache es den USA gleich, verrate die Vereinten Nationen und strebe nach militärischer Macht.

VON WOLFGANG MACHREICH

Die EU hat die Militarisierung als Verfassungsziel festgeschrieben, kritisierte Werner Ruf bei der heurigen Sommerakademie in Schlaining. Als Belege dafür nannte der Professor für Internationale Politik an der Uni Kassel die Verfassungspunkte: Aufrüstungsverpflichtung, globaler Interventionismus, Amt für Rüstung, die Koalition der Willigen – und: „das EU-Parlament hat keine Entscheidungskompetenz über Krieg und Frieden."

So wie die USA verrate auch die EU das von allen Mitgliedsstaaten akzeptierte UN-Gewaltmonopol, sagte Ruf: „Aber nicht die EU, sondern allein der UN-Sicherheitsrat muss über militärisches Engagement in Krisenfällen entscheiden." Ruf unterstellte der Union, sie versuche, wieder ein großer Akteur in der Weltpolitik zu werden und wolle den USA auf gleicher Augenhöhe entgegentreten: „Ich denke aber, dass die Probleme der heutigen Welt andere sind als jene, die man mit militärischen Mitteln bewältigen kann."

EU-Soldat im Kongo-Einsatz

Unterstützung erhielt Ruf von Corinna Hauswedell: „Der US-Nationalismus habe einen EU-Gegennationalismus befördert", sagte die deutsche Friedensforscherin. In der EU-Sicherheitsdebatte habe man sich zu sehr auf das Militärische beschränkt: „Abrüstung ist in der EU kein Thema, und wenn Abrüstung einmal vorkommt, dann ist damit immer nur die Abrüstung der anderen gemeint." So wie Ruf stieß auch Hauswedell besonders ungut auf, dass in der Verfassung Interventionen ohne UN-Mandat nicht ausgeschlossen werden. Und obwohl der Einsatz ziviler Mittel hoch gehalten wird, suche man vergeblich eine Formulierung, die militärische Mittel als ultima ratio unlösbarer Gewaltkonflikte definiert.

Willem Frederik Van Eekelen, früherer Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU) und Mitglied im EU-Verfassungskonvent, kann diese Einschätzung nicht teilen. Bei einem Vortrag in der Landesverteidigungsakademie Wien betonte Eekelen kürzlich: „Es gibt keinen politischen Willen, die EU zu einer Militärmacht aufzubauen." Es sei aber zuwenig, in der EU „immer nur von Verantwortung zu reden, diese aber dann nicht tragen zu können". Eekelen sieht die EU mit der Solana-Sicherheitsstrategie und der EU-Verfassung auf dem richtigen Weg. Ziel, so Eekelen, muss sein, „schnell und, wenn es sein muss, kräftige militärische Interventionen durchführen zu können". Dazu brauche es jedoch noch mehr strategisches Denken, verknüpft mit konkretem Training für Krisen-Szenarien. Eekelen: „Während des Kalten Krieges sagten die Amerikaner der Nato, was zu machen sei – und wir machten es, und wir waren glücklich. Aber das ist kein Modell, für die Probleme der Zukunft."

Quelle: Die Furche, Nr. 43; 21.10.2004, S 24

10.

Das Verdienst dieses Bandes liegt darin, dass er die Militarisierungstendenzen der EU-Außenpolitik und die Ambitionen von EU-Strategen ebenfalls zu einem militärischen Global Player zu werden, deutlich macht. Dass dabei aber unterschiedliche Positionen zugelassen werden, macht die Lektüre spannend.

Während Ernst-Otto Czempiel etwa davon ausgeht, dass die asymmetrische Machtverteilung den Europäern nahe lege, ihre Position in der Kooperation mit den Vereinigten Staaten auch militärisch zu stärken, halten dies andere für einen historischen Rückschritt in altes Machtdenken bzw. als Kehrseite einer auf Abbau sozialer Errungenschaften und Sicherungen zielenden Politik. Die „Deregulierung der Binnenverhältnisse“, ihre Unterwerfung unter die unmittelbaren Verwertungsinteressen des (globalisierten) Kapitals, so die These des Politikwissenschaftlers Werner Ruf, habe eine „Deregulierung der internationalen Rechtsverhältnisse“ zur Folge, die dann einer „neuen imperialen Ordnung“ unterworfen werde.

Sein Berufskollege Peter Strutynski wiederum warnt in seinem Beitrag „Streit um Europa“ vor „pazifistischem Alarmismus“ ebenso wie vor „europagläubiger Selbstberuhigung“ (mit kritischem Verweis auf Rifkins Europalob, s. Editorial), er hofft auf die Volksabstimmungen über die EU-Verfassung, die nicht nur den militarisierungskritischen Kräften Aufschwung geben, sondern erstmals so etwas wie eine „europäische Öffentlichkeit“ schaffen könnten.

Abschließende Beiträge eröffnen zivile Zukunftsperspektiven im Sinne einer sozialverträglichen, auf globalen Ausgleich und ökologische Tragfähigkeit ausgerichteten (Welt)Wirtschaftsentwicklung, für die Knut Krusewitz im 1994 erschienenen Weißbuch der EU-Kommission „Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert“ gute Argumente findet. Und wenn Europa eine Lehre aus der eigenen Geschichte ziehen kann, dann ist es wohl die, dass sozialer Frieden der beste Garant für Demokratie nach innen und Offenheit nach außen sind. H. H.

Quelle:
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen: Pro Zukunft, Salzburg 2004, Online:
http://www.prozukunft.org/v1/2013/11/die-wiedergeburt-europas/